



NACH WIE VOR STILLGELEGT ist das öffentliche Kulturleben: Auch nach acht Wochen „Shutdown“ ist immer noch unklar, wie die Finanzhilfe ausfallen wird. Daher melden sich nun die kulturellen Sparten mit eigenen Berechnungen zu Wort.
Foto: dpa

Wer schafft es unter einen Rettungsschirm?

Die Politik verspricht Hilfen für die Kulturszene – doch konkrete Zusagen lassen auf sich warten

Von unserem Redaktionsmitglied
Andreas Jüttner

Was bringt das Festspielhaus Baden-Baden der Stadt und der Region? Natürlich hochkarätige Konzerte. Aber, laut zwei Gutachten der Universität St. Gallen, auch pro Jahr einen Zufluss an Kaufkraft von 50 Millionen Euro. Darauf verweist Tobias Wald, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, in einer Mitteilung, in der er mit seinem Parteikollegen Alexander Becker einen Rettungsfonds für gemeinnützige kulturelle Einrichtungen fordert – nicht nur im Interesse der Kulturfreunde, auch im Interesse der gesamten Region. Besonders hervorgehoben werden für Baden-Baden das Festspielhaus und für Rastatt die Volksschauspiele Ötigheim. Wenn diese durch den Ausfall der Saison existenziell bedroht wären, stehe „der materielle und immaterielle Schaden in keinem Verhältnis zu den einzusetzenden Geldern“, heißt es im Schreiben der Abgeordneten an Kunstinisterin Theresia Bauer (Grüne).

Die Bedeutung kultureller Einrichtungen im Südwesten ist statistisch verbürgt. Jeweils rund 16 Millionen Besucher in Museen und Kinos, mehr als drei Millionen Besucher in Theatern und rund 58 Millionen Ausleihen in kommunalen Bibliotheken listet das Statistische Landesamt etwa für 2017 auf. Die ökonomische Bedeutung der Kreativ-

wirtschaft hatte Monika Grütters (CDU) als Bundesbeauftragte für Kultur schon zu Beginn der Corona-Krise Mitte März betont. Doch danach schien es, als müsste sie zum Jagen getragen werden: Erst Ende April wurde verlautbart, ihr Haus verhandle mit dem Finanzministerium über einen Strukturfonds Kultur. Danach fiel wieder der Mantel des Schweigens über das Thema, wie der Schauspieler Ulrich Matthes im TV-Talk „Hart aber fair“ anprangerte. Mit deutlichen Worten wies Matthes auf die existenzielle Bedrohung der Kinolandschaft hin: Das Ende der Krise könne möglicherweise nur die Hälfte der Kinos noch erleben – „und die werden dann nicht mehr aufgemacht“.

Allein die Musikbranche fordert 582 Millionen Euro

Wie lässt sich dieses Szenario vermeiden? Die 500 Millionen Euro, die vom Kulturrat für den (noch unbestätigten) Strukturfonds Kultur vorgeschlagen wurden, könnten helfen. Doch ausreichen würden sie wohl gerade mal für die Filmwirtschaft. Die bezifferte ihren kurzfristigen Hilfsbedarf bereits Mitte April auf 563,5 Millionen Euro. Auf die Kinos würden hiervon 186 Millionen Euro entfallen. Anfang Mai wurde immerhin eine einmalige Sonderförderung

für Programmkinos angekündigt, um, laut Grütters, den „Kulturort Kino zu sichern“. Die Gesamthöhe: fünf Millionen Euro. Für kommerzielle Kinos, die ihre Infrastruktur ebenfalls ohne jegliche Einnahmen aufrechterhalten, ist bislang gar kein Geld in Aussicht.

Das dürfte die Musikwirtschaft wenig optimistisch stimmen. Die beziffert ihren akuten Unterstützungsbedarf laut einer Mitteilung von zehn Verbänden auf 582 Millionen Euro – nicht als Kredit, sondern als staatliche Hilfe. Diese Summe entspreche nach internen Erhebungen rund zehn Prozent der zu erwartenden Einbußen der Musikwirtschaft, die sich bei einer sechsmonatigen Dauer der Covid-19 bedingten Maßnahmen ergeben würden. Und auch wenn einige Bundesländer bald erste Konzerte wieder erlauben wollen, ist der Zeitraum wohl optimistisch kalkuliert. Zwar hat die Branche bislang die Planungen für das Tourneegeschäft im Herbst nicht zurückgefahren. Doch wie sich Konzerte in Räumen mit eingeschränkter Kapazität wirtschaftlich durchführen lassen sollen, ist noch unklar. „Ein internationales Jazztrio vor 20 Leuten spielen zu lassen, wäre ein großes Verlustgeschäft“, erklärt etwa Martin Holder vom Karlsruher Kulturzentrum Tempel.

Freigesetzt hat die Krise allerdings auch privates und persönliches Engagement: Bei der bundesweiten Spendenaktion #MusikerNothilfe der Deutschen

Orchester-Stiftung für freischaffende Musiker seien bislang mehr als 1,5 Millionen Euro zusammengekommen, teilte die Stiftung mit. Nach ihren Angaben wurden inzwischen mehr als 3.000 freiberufliche Musikerinnen und Musikern, die durch die Corona-Krise keine Verdienstmöglichkeiten mehr hätten, mit jeweils 400 Euro Soforthilfe unterstützt. Mehr als 1.000 Anträge seien momentan noch in Bearbeitung. Jüngst hätten die Mitglieder der Staatskapelle Berlin und Daniel Barenboim 30.000 Euro gespendet, hieß es. Angesichts der immer deutlicher werdenden Lücken sind aber selbst solche Beträge wohl nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das Problem ist freilich international. In der Kulturnation Frankreich wurde zwar gleich zu Beginn der Krise ein Hilfsfonds eingerichtet. Der umfasste aber gerade einmal 22 Millionen Euro. Nach immer lauter werdender Kritik hat Präsident Emmanuel Macron nun einen Ausgleichsfonds und öffentliche Aufträge in Aussicht gestellt. In den Niederlanden hat der Bühnenverband in einem Brandbrief 55 Millionen Euro Nothilfe gefordert. Andernfalls werde ein Drittel der Theater- und Konzertpodien den Sommer nicht überleben – selbst bei einer Öffnungserlaubnis unter Hygiene-Auflagen. Denn mit einer Begrenzung der Besucherkapazität auf 30 Prozent sei der Betrieb „schlicht nicht aufrechtzuerhalten“.